



**Junge Union
Baden-Württemberg**

Familienpolitik

umfassend

gestalten

**Beschluss Landestag
am 20./21. November 2004
Barbara-Künkelin-Halle
in Schorndorf**



Einleitung

Familienpolitik lässt sich weder auf bestimmte Politikfelder eingrenzen noch ist sie unter dem Gesichtspunkt der Auseinandersetzung mit Partikularinteressen zu sehen. Viel mehr sind hier gesamtgesellschaftliche Anliegen betroffen. Im Kern geht es darum, durch ein Optimum an Familienfreundlichkeit ein Klima zu schaffen, in dem die Entscheidung für das Leben mit Kindern erleichtert wird. Auch heute ist die Familie das Idealbild unserer Gesellschaft. Dennoch bleiben viele junge Menschen aus unterschiedlichen Gründen gegen ihren Wunsch kinderlos. Die Ursache dafür sind die gegenwärtigen Rahmenbedingungen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschweren. Es ist eine Investition in unsere Zukunft, wenn wir zu guten Rahmenbedingungen für Familien beitragen und ihnen generationsübergreifende Entfaltungs- und Lebensräume bieten. Wir setzen uns als Junge Union Baden-Württemberg dafür ein, dass Familien dort Unterstützung finden, wo sie besonders herausgefordert sind.

1. Das Familienbild der Jungen Union Baden-Württemberg

Die Familie ist die natürliche Grundlage für die Existenz und die Entwicklung des Menschen als Persönlichkeit. Sie gibt ihm in jeder Altersstufe Geborgenheit und eine verlässliche Stütze. Die Familie stellt dabei die kleinste unabhängige Lebensgemeinschaft verschiedener Generationen dar. Aus deren Mitte heraus entwickeln sich Verhaltensweisen und Regeln des sozialen Miteinanders und werden von der einen zur nächsten Generation weitergegeben. Die Unabhängigkeit dieses natürlichen Kerns der zwischenmenschlichen Wertevermittlung und der Entstehung des Lebens muss durch die Gemeinschaft gewährleistet und geschützt werden. Es ist Aufgabe des Staates, Familien in ihrer Existenz zu fördern und zu schützen.

Familien erbringen durch die Erziehung von Kindern eine Leistung, die keine andere Gemeinschaft in unserem Land erbringen kann: Familien sind die tragenden Säulen unserer Gesellschaft.

Besonders Familien mit Kindern leisten einen erheblichen Beitrag zur Zukunft unserer Gesellschaft. Nur mit Kindern wird es uns gelingen, den Sozialstaat auf eine neue Grundlage zu stellen und das Miteinander der Generationen zu bewahren. Nur mit intakten Familien wird unsere Bildungspolitik auf fruchtbaren Boden stoßen. Und nur eine Gesellschaft, die Interesse am Wohl ihrer Kinder hat, wird bei den Menschen das Gefühl für Verantwortung wecken und den Mut zur Zukunft stärken.

Auch heute ist die Familie das Idealbild unserer Gesellschaft. Die meisten heranwachsenden jungen Menschen wollen heiraten und eine Familie gründen. Kinder sind das Beste,



was wir haben: Sie machen uns reich durch ihr Vorbild an Lebensfreude, Neuanfang, Offenheit, Neugier, Lern- und Leistungsbereitschaft. In einer Familie sollten Kinder nicht nach ihrem Nutzen, Leistungswert oder ihren Kosten beurteilt werden.

Familie heißt: Einen Lebensraum schaffen, ein Zuhause geben, Beziehungen aufbauen und pflegen, Schutz und Geborgenheit geben. Familie fordert zu Entscheidungen heraus und lehrt Kompromissbereitschaft.

2. Der Stellenwert der Ehe

Für die Junge Union Baden-Württemberg ist die Ehe das gegenseitige Versprechen von Mann und Frau vor Gott und der Gemeinschaft, ein Leben lang füreinander einzustehen. Diese Partnerschaft geht weit über den Zusammenschluss einer bloßen Zweckgemeinschaft hinaus.

Mann und Frau sind gleichberechtigt. In dieser Gleichberechtigung steht es Mann und Frau frei, wie sie innerhalb ihrer Ehe Funktionen und Aufgaben verteilen. Dass beide Eltern für die Kinder verantwortlich sind, ist selbstverständlich. Es ist Aufgabe des Staates, diese freiverantwortete Willensentschließung zu respektieren. Fördermaßnahmen und finanzielle Zuwendungen dürfen daher auch die so genannte „traditionelle Rollenverteilung“ nicht diskriminieren.

Dass homosexuelle Paare zusammen leben, ist Ausdruck ihrer persönlichen Freiheit, in die der Staat nicht eingreifen sollte. Die staatliche Gemeinschaft kann jedoch kein Interesse daran haben, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, aus denen keine Kinder hervorgehen können, zu fördern.

3. Erziehung ist Aufgabe der Eltern

An erster Stelle sind die Eltern für die Erziehung, Förderung und Unterstützung ihrer Kinder verantwortlich. Der Staat darf dabei im Grundsatz die Erziehung durch die Eltern nicht ersetzen, sondern allenfalls unterstützend wirken.

Eine gute Erziehung durch die Eltern bildet die Grundlage für die Arbeit in Betreuungseinrichtungen oder in der Schule. Die Erziehung und Sozialisation von Kindern und Jugendlichen darf nicht nur auf den Schultern von z.B. Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern abgeladen werden. Sie muss eine Kernaufgabe der Familien sein. Dabei sind die Eltern in die dort geleistete Arbeit mit einzubeziehen. Ein Gleichgewicht zwischen familiärer und außerhäuslicher Erziehung ist dabei unerlässlich. Es ist zu berücksichtigen, dass die Erziehung von Kindern auch im Hinblick auf die Mediengesellschaft immer schwieriger



wird. Die Junge Union fordert die Erziehungskompetenz von Eltern zu fördern und zu stärken.

4. Beratungsangebote für Eltern

Die schon bestehenden Beratungsangebote für Familien sind auszubauen. Der Ansatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ muss auch weiterhin oberster Leitsatz in den Beratungsstellen sein. Die Junge Union Baden Württemberg spricht sich dafür aus, dass anstelle neuer, noch zu gründender staatlicher Beratungsstellen, die Träger von bereits existierenden kirchlichen und sozialen Beratungsstellen gefördert werden.

5. Schutz des ungeborenen Lebens

Zur Familienpolitik gehört für uns auch der Schutz des ungeborenen Lebens. Wir fordern eine Verbesserung der Betreuungs- und Beratungsangebote für werdende Eltern, um möglichen Abtreibungen vorzubeugen und Lösungsalternativen den Eltern anzubieten.

6. Adoptionsregelungen

Viele Menschen entscheiden sich immer später dafür, eine Familie zu gründen. Bei den bisherigen Adoptionsregeln wird jedoch sehr streng darauf geachtet, dass die Adoptionswilligen nicht zu alt sind, da man befürchtet, dass diese Eltern im fortgeschrittenen Alter nicht mehr in der Lage sind, sich um ihre heranwachsenden Kinder optimal zu kümmern. Dies führt dazu, dass viele Adoptionswillige vergeblich darauf hoffen, eine Familie zu gründen. Wir fordern eine Vereinfachung und Entbürokratisierung dieser Regelungen sowie eine höhere Transparenz.

Eine Adoption von Kindern durch homosexuelle Paare lehnen wir ab, sofern nicht ein Teil des Paares in einer verwandtschaftlichen Beziehung zu dem Kind steht.

7. Finanzielle Unterstützung

Die ersten drei Lebensjahre sind für das Kind besonders prägend. In diesem Zeitraum muss Familien- der Erwerbsarbeit gleichgestellt werden.

Für die Folgejahre fordert die Junge Union ein einkommensunabhängiges Familiengeld je Kind, welches regelmäßig dynamisiert wird, damit den Familien der reale Wert dieses Transfers auf jeden Fall erhalten bleibt.

Von 0-3 Jahren fordert die Junge Union ein Familiengeld in Höhe von 600 €, zwischen dem 4. und dem 18. Lebensjahr ein Familiengeld in Höhe von 300 €, sowie 160 Euro im Alters-



abschnitt von 18 bis 27 Jahren, sofern sich das Kind in einer Ausbildung oder im Studium befindet. In die Leistungen des Familiengeldes sind bisheriges Kinder- und Erziehungsgeld einbezogen.

Familienbezogene Leistungen wie Ausbildungsförderung sowie die steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltshilfen sollen erhalten bleiben. Das Ehegattensplitting soll im Steuerrecht zugunsten eines Familiensplittings ergänzt werden. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, dass Mütter und Väter, die zu Hause bleiben und Kinder erziehen wollen, dies ohne zu große finanzielle Mehrbelastung tun können.

8. Unterstützung von Familien im Bereich des Rentenrechts.

Es kann nicht sein, dass sich erziehende Mütter oder Väter aufgrund ihrer Entscheidung für ihre Kinder gravierenden Nachteilen bei der späteren Rentenhöhe ausgesetzt sehen. Deshalb ist es hier dringend an der Zeit, ein Zeichen für eine familienfreundlichere Politik zu setzen. Dies kann im Wesentlichen durch ein Bonussystem erreicht werden.

Eltern, die sich dafür entscheiden, zu Gunsten der Kindererziehung zu Hause zu bleiben, dürfen nicht im Alter bei der Berechnung der Rentenhöhe bestraft werden.

Einem Erziehenden werden heute pro Kind drei Jahre an so genannten „Kindererziehungszeiten“ angerechnet, welche die spätere Rente erhöhen. Diese Zeiten sind jedoch steuerfinanziert und werden vom Staatshaushalt erst zu Beginn der Rente zur Verfügung gestellt. Bisher werden für jedes Kind fiktive Beiträge in der Höhe eines Durchschnittsverdieners, der drei Jahre beitragspflichtig arbeitet, gezahlt.

Die Junge Union fordert, die Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung auch durch die Senkung der Beitragssätze für Erziehende anzuerkennen.

9. Beruf und Familie besser vereinbaren

Die Erwerbstätigkeit beider Partner ist der heute mehrheitlich gewählte Lebensentwurf. Man darf dabei aber nicht übersehen, dass oft finanzielle Not beide Partner zu voller Erwerbstätigkeit zwingt, vor allem bei mehreren Kindern in der Familie.

Ein Großteil der jungen Generation möchte nicht vor die Alternative Erwerbstätigkeit oder Familie gestellt werden. Gefragt ist stattdessen die möglichst reibungslose Vereinbarkeit von beidem. Damit Kind und Karriere keinen Widerspruch mehr darstellen, spricht sich die Junge Union für die Schaffung einer familienfreundlichen Arbeitswelt aus.



Für die Junge Union gehört dazu auch die Unterstützung für Studentinnen und Studenten mit Kind. Häufig wurde in der Vergangenheit die sinkende Zahl an Akademikerinnen mit Kind bemängelt – wenn diese Kinder bekommen, dann oft erst spät, wenn sie scheinbar mit der beruflichen Lebensplanung besser zu vereinbaren sind.

Die Junge Union fordert daher die Kinderbetreuungsangebote in den Universitätsstädten erheblich auszubauen, damit es für Frauen eine echte Alternative ist, bereits während des Studiums Kinder zu bekommen. Ein besonders flexibles und dennoch finanzierbares Betreuungsangebot ist hier wichtig.

Eine Kooperation mit den Hochschulen und den Studentenwerken wäre wünschenswert, speziell auch hinsichtlich der Fortsetzung des Studiums.

Möglichkeiten zur Vereinbarung von Familie und Beruf sieht die Junge Union in dem Ausbau von unternehmenseigenen Betreuungsangeboten sowie im Einsatz für eine Flexibilisierung der Teilzeitarbeit in den Unternehmen. Einen Beitrag hierzu leisten Unternehmen, die eigene Betreuungsangebote unterhalten. Um einen qualifizierten Wiedereinstieg zu gewährleisten, müssen auch während des Erziehungsurlaubs Angebote zur Weiterbildung bestehen.

Die Stadtverwaltungen sollten über alle familienpolitischen Leistungen informieren. Gleichzeitig sollte die Gewährung der Hilfen so vereinfacht werden, dass sie wesentlich besser durchschaubar sind. Besonders vorbildliche und familienfreundliche Projekte müssen öffentlich honoriert werden.

10. Kindergarten

Jedem Kind muss die Möglichkeit gegeben werden, einen Kindergartenplatz zu bekommen. Dies ist bereits durch den „Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz“ gewährleistet. Der Jungen Union Baden-Württemberg ist es aber wichtig, den Kostenbeitrag für junge Familien, die ihre Kinder in einem Kindergarten unterbringen möchten, so gering wie möglich zu halten. Betreuungsgutscheine, wie sie bereits in einigen Gemeinden ausgegeben werden, erweisen sich hierbei als gute Lösung, um Kindergartenbeiträge zu senken. Die JU Baden-Württemberg fordert, das Landeserziehungsgeld zu reformieren und dabei einen Teil der Mittel in den Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder bis zu drei Jahren fließen zu lassen. Private Anbieter von Dienstleistungen arbeiten hierbei jedoch oft wirtschaftlicher und bedarfsorientierter als staatliche Einrichtung. Auch bei der Kinderbetreuung haben sich Angebote, die aus einer privaten (Eltern-) Initiative hervorgegangen sind, besonders bewährt. Die Junge Union ist daher auch im Bereich der Kinderbetreuung für einen Ausbau der privaten Angebote. Hierbei ist jedoch darauf zu achten, dass auch in privaten Einrich-



tungen qualifiziertes Personal beschäftigt wird und die staatlichen Betreuungs- und Bildungsstandards eingehalten werden. Die Begünstigungen und Akzeptanz dieser Angebote sind grundsätzlich den bestehenden Einrichtungen gleichzusetzen. Das Land Baden-Württemberg muss mehr Impulse setzen, private Betreuungsangebote aufzubauen.

Kindergärten müssen außerdem flexibler auf die Bedürfnisse der Eltern reagieren. Dies gilt zum Beispiel für die Öffnungszeiten. Dabei sind auch die Ferienangebote für Kinder und Jugendliche weiter auszubauen. Des Weiteren müssen die Öffnungszeiten der Einrichtungen vor Ort in den Ferien aufeinander abgestimmt werden, um sicher zu stellen, dass die Einrichtungen während der Ferien nicht zu lange geschlossen bleiben.

Eine Bindung an den Wohnort halten wir für nicht praktikabel. Aus diesem Grund muss jedoch die bisherige Praxis der Zuschussvergabe dahingehend geändert werden, dass nicht die Wohnortgemeinde sondern die betreuende Gemeinde die staatlichen Zuschüsse erhält.

Der Kindergarten muss gezielter auf den Schulbeginn vorbereiten. Hierzu muss er den Erziehungsauftrag einer Vorschule haben. Am Ende des fünften Lebensjahres sollte eine Überprüfung des Entwicklungsstandes des Kindes erfolgen, um gezielte Förderung anbieten zu können. Eine frühe Sprach- und Technikförderung ist für die Junge Union hierbei von besonderer Bedeutung. Die Junge Union spricht sich zudem für ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr aus.

Im letzten Kindergartenjahr müssen entscheidende Weichen für die schulische Laufbahn des Kindes gestellt werden. Bei nicht ausreichenden Deutschkenntnissen zum Zeitpunkt der Einschulung ist eine begleitende Förderung verpflichtend. Bei völlig fehlenden Deutschkenntnissen ist die Einschulung zu verschieben

11. Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher von Kindern zwischen 0 und 6 Jahren.

Die Junge Union Baden-Württemberg spricht sich gegen das von einigen geforderte Hochschulstudium von Erziehern und Erzieherinnen aus. Es ist wichtig, dass eine fundierte pädagogische Ausbildung stattfindet. Es darf aber nicht sein, dass engagierte junge Menschen durch eine lange Studienzeit davon abgehalten werden, sich mit vollem Engagement Kindern zu widmen.

Es ist wichtig, dass bei der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher darauf geachtet wird, dass der Kindergarten zunehmend auch die Funktion einer Vorbereitung auf die Schule und der Förderung der Integrationsfähigkeit in die Gesellschaft wahrnehmen muss.



Im Bereich der Betreuung der 0- bis 3- Jährigen spricht sich die Junge Union für eine Verbesserung der Ausbildung von Tagesmüttern aus. Dies kann durch besondere Kurse geschehen, nach deren erfolgreichem Abschluss Zertifikate vergeben werden. Dafür ist erforderlich, dass der Besuch an den jetzt schon von verschiedenen Trägern angebotenen Tagesmütter-Kursen mit einem Zertifikat für die erfolgreiche Teilnahme verknüpft wird. Diese Zertifizierung könnte beispielsweise durch den Landesverband der Tagesmütter-Vereine Baden-Württemberg e.V. erfolgen. Für Eltern ist es so leichter zu überprüfen, über welche Kompetenzen eine Tagesmutter verfügt.

Die Junge Union Baden-Württemberg befürwortet die Einrichtung von Ganztageschulen in Baden-Württemberg überall dort, wo eine Nachfrage der Eltern besteht. Die JU fordert die Landesregierung und Schulträger auf, dabei alle Schultypen von der Grundschule über Haupt- und Realschulen bis zu Gymnasien in städtischen wie ländlichen Regionen einzubeziehen. Eine verpflichtende Ganztagschule lehnt die Junge Union jedoch ab.

Die Junge Union fordert die Landesregierung auf, verpflichtende Standards für die Einrichtung von Ganztagesangeboten aufzustellen. Dazu gehören als Mindestanforderung ein pädagogisches Gesamtkonzept, ein Konzept für Unterstützungs- und Förderangebote und für die Kooperation mit außerschulischen Institutionen sowie die Personal- und Raumplanung. Eine Zusammenarbeit mit Vereinen, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Vereinigungen ist im Bereich der Ganztagsbetreuung unerlässlich.

Schulleitung und Lehrer, Eltern und Schüler vor Ort wissen am besten, welche Angebote an ihrer Schule gebraucht werden und welche Möglichkeiten bei der Umsetzung bestehen. Die JU fordert deshalb die Landesregierung auf, den Schulen mehr Autonomie bei Personal- und Budgetplanung zu geben und die Schulleitungen zu stärken.

12. Unterstützung von Alleinerziehenden

Besonders bei der Unterstützung allein erziehender Mütter und Väter müssen das Land und die Junge Union vorangehen. Insbesondere Alleinerziehende müssen die Kindererziehung und den beruflichen Alltag verbinden können. Hilfestellungen der Kommune im Bereich der Ganztagsbetreuung müssen verfügbar sein, wobei es insbesondere in schwierigen familiären Fällen einer städtischen Jugendhilfe bedarf. Auch Verbandsangebote zur Unterstützung Alleinerziehender (bsp. Verband Alleinerziehender Mütter und Väter) sind entsprechend zu fördern.



13. Integration ausländischer Familien

Die Integration ausländischer Familien ist ein besonders wichtiges Anliegen. Die Nichtwahrnehmung bzw. Ablehnung von Sprachförderungsprogrammen muss allerdings ebenfalls finanzielle und (ausländer-) rechtliche Konsequenzen nach sich ziehen. Ferner ist in diesem Kontext auch die Einführung von staatlichem, islamischem Religionsunterricht mit staatlichen Lehrplänen auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (Menschenwürde, Glaubensfreiheit, Meinungsfreiheit und Gleichberechtigung von Frau und Mann) anzudenken, um die gesamtgesellschaftliche Integration zu fördern.

14. Pflege in der Familie

Wir fordern eine gezielte Unterstützung von Familien, die behinderte Menschen in ihrem Haushalt pflegen und betreuen. Dies kann zum Beispiel durch die Einrichtung von familienentlastenden sozialen Diensten und durch eine vermehrte Schaffung von Kurzzeitpflegemöglichkeiten erreicht werden. So können für alle Beteiligten wertvolle Auszeiten geschaffen werden.

Im Idealfall soll der Lebensabend älterer Menschen im Kreise ihrer Familien stattfinden, wobei hier oft gerade die Großeltern wertvolle Hilfe bei der Kindererziehung leisten und dadurch die berufstätigen Eltern zeitweise entlastet werden können.

Infolge der allgemein steigenden Lebenserwartung sind die Menschen im Alter aber auch immer mehr auf die Pflege und Unterstützung durch ihre Angehörigen angewiesen. Hier fordern wir eine bessere finanzielle Anerkennung von solchen Pflegeleistungen, die von den eigenen Angehörigen erbracht werden.

15. Förderung der Jugendarbeit

Die ehrenamtliche Arbeit ist das Rückgrat vielfältiger Aktivitäten in unserem Land. Vereine und andere Jugendorganisationen bieten Jugendlichen Halt und vermitteln ihnen Werte. Oft ergänzen sie damit positiv die in der Familie gelebten Vorstellungen und Anschauungen.

Die Unterstützung von Vereinen mit einer starken Jugendarbeit muss daher vordringliche Aufgabe der Politik sein.



16. Familiengerechtes Wohnumfeld

Ein Kriterium, mit dem sich die Entscheidung für Familie und Kinder spürbar beeinflussen lässt, ist die Schaffung eines familiengerechten Wohnumfeldes. Hierbei befinden sich die Kommunen in einer besonders exponierten Rolle. Denn in erster Linie obliegt es ihnen, auf das Wohnumfeld Einfluss zu nehmen.

Die Junge Union Baden-Württemberg sieht eine aktive kommunale Familienpolitik als Chance zur Profilierung. Auch bei der aktuell angespannten Haushaltslage sind die Gemeinden aufgefordert, mit entsprechenden Maßnahmen die Einwohnerbasis und die Einwohnerstruktur zu sichern.

Um dies zu erreichen, empfiehlt die Junge Union Baden-Württemberg den Kommunen unter strategischen Gesichtspunkten ein Rahmenkonzept zur Familienfreundlichkeit festzulegen und örtliche Entscheidungen grundsätzlich auf dieses Konzept hin zu hinterfragen.

Nach Auffassung der Jungen Union Baden-Württemberg ist es geboten, den Wohnungsbau durch flankierende Maßnahmen so zu unterstützen, dass genügend erschwinglicher Wohnraum für Familien zur Verfügung steht.

Ein weiteres Merkmal eines familiengerechten Wohnumfeldes stellt eine abgestimmte Infrastrukturplanung dar. Erklärend sei hier auf mehrere Beispiele verwiesen. So ist etwa im Sinne der Entwicklung der Kinder eine Spielraumvernetzung, die Grün- und Freiflächen berücksichtigt, einer herausgebrochenen monofunktionalen Nutzbarmachung von Spielräumen in jedem Fall vorzuziehen. Damit einhergehend muss Wert darauf gelegt werden, dass sichere Verkehrswege für Kinder existieren.

Ein weiteres Beispiel einer abgestimmten Infrastrukturplanung stellt die Versorgung mit ortsnahen Schulen dar. Hier sind Familien massiv betroffen, wenn die Versorgungsdichte heruntergefahren wird. Natürlich ist dies unter dem Vorbehalt der gesamtwirtschaftlichen Vertretbarkeit zu sehen.

Ein familienfreundliches Wohnumfeld zeichnet sich dadurch aus, dass Familien dort Unterstützung finden, wo sie besonders gefordert sind. Dies gilt etwa bei der Beförderung der Kinder zur Schule bzw. im Personenverkehr allgemein. Daher fordert die Junge Union Baden-Württemberg die Kommunen sowie die Landes- und Bundesregierung auf, bestehende Programme mit Familientarifen im Bus- und Bahnverkehr weiterhin zu unterstützen und bedarfsorientiert mit den Verkehrsträgern über weitere familienfreundliche Preisdifferenzierungen zu verhandeln.



Das Konzept, Familienpässe anzubieten, hat sich als sehr geeignet erwiesen, um Familien und insbesondere Kindern eine aufgewertete Freizeitgestaltung und speziell eine Teilnahme am kulturellen Leben zu ermöglichen. Hier sieht die Junge Union Baden-Württemberg nicht nur die Verpflichtung, auf Familienbedürfnisse einzugehen, sondern auch die Chance, durch ein attraktives Alternativangebot einen erzieherischen Gegenpol zum Fernsehen zu bieten.

In Partnerschaft mit Unternehmen und Organisationen lassen sich solche Familienpässe sehr kostengünstig auflegen.

Hingegen spricht sich die Junge Union Baden-Württemberg gegen die Einführung von Kinderkomponenten bei kommunalen Ver- und Entsorgungstarifen aus.